



Nr. 296 | 05.07.2022

Polen-Analysen

Politische Rhetorik in der Öffentlichkeit

■ ANALYSE		
Die Verschärfung der politischen Rhetorik in der Öffentlichkeit		2
Reinhold Vetter, Warschau		
<hr/>		
■ CHRONIK		
21. Juni – 4. Juli 2022		7

Die nächste Ausgabe der Polen-Analysen erscheint nach der Sommerpause am Dienstag, den 6. September 2022. Die Redaktion wünscht ihren Leserinnen und Lesern eine erholsame Sommerzeit.

Die Verschärfung der politischen Rhetorik in der Öffentlichkeit

Reinhold Vetter, Warschau

DOI: 10.31205/PA.296.01

Zusammenfassung:

In Polen ist derzeit zu beobachten, welche bedeutsame Rolle die politische Rhetorik in der öffentlichen Auseinandersetzung spielen kann. Zwar wird der Kampf um Meinungsführerschaft und politische Macht in allen demokratischen Systemen auch und gerade mit sprachlichen Mitteln ausgefochten. Doch in Polen haben der Umgang mit Schlagworten und das Bemühen, politische Probleme zu simplifizieren, ein gefährliches Ausmaß angenommen. Polarisieren, Ausgrenzen und Stigmatisieren sind wesentliche Elemente der politischen Rhetorik. Dahinter verschwindet das Bemühen um eine verantwortungsbewusste inhaltliche Debatte fast vollständig. Die Schärfe der politischen Rhetorik entspricht den schroffen innenpolitischen Fronten und den tiefen Gräben in der Gesellschaft.

Seit der Machtübernahme durch die Nationalkonservativen der Partei Recht und Gerechtigkeit (*Prawo i Sprawiedliwość – PiS*) im Jahr 2015 hat die politische Polarisierung in Polen zugenommen. Die Gräben sind tiefer geworden, sowohl in der Politik als auch der Gesellschaft. Das betrifft nicht nur innenpolitische Themen im engen Sinne, sondern gilt auch für die innenpolitische Instrumentalisierung insbesondere der Außen- und Sicherheitspolitik. Mit Polarisierung ist hier jedoch nicht die Intensivierung einer verantwortungsbewussten und von Argumenten getragenen inhaltlichen Debatte über Reformstrategien und politische Projekte gemeint. Vielmehr handelt es sich um eine massive Verschärfung der politischen Rhetorik, was vor allem der *PiS* und ihrem Koalitionspartner aus dem rechten Parteienspektrum zur Last gelegt werden kann. Doch auch die Opposition trifft eine Mitschuld an dieser Entwicklung. Gegenstand der öffentlichen Auseinandersetzung sind insbesondere die geostrategischen Folgen des russischen Krieges gegen die Ukraine, die Einschätzung des bisherigen Umgangs des Westens mit Russland und dessen künftige Haltung gegenüber Moskau, die politische, militärische und moralische Hilfe für die Ukraine, die Diversifizierung der heimischen Energieversorgung, der Umgang mit den erstarkenden nationalistischen Kräften in verschiedenen Staaten Europas sowie auch das Problem der Rechtsstaatlichkeit in Polen und die Verwendung der EU-Finanzmittel in Polen.

Beispielsweise sorgte Polens Ministerpräsident Mateusz Morawiecki für beträchtliche Aufmerksamkeit in der europäischen Öffentlichkeit, als er in einem Zeitungsgespräch mit der *Financial Times* im Oktober 2021 allen Ernstes erklärte, dass die EU Warschau »die Pistole an den Kopf hält«, indem sie Forderungen nach Rechtsstaatlichkeit in Polen mit dem Zurückhalten von EU-Geldern verknüpft. Sollte die EU-Kommission, betonte der Regierungschef, den »dritten Weltkrieg« beginnen,

werde man die eigenen Rechte mit allen Waffen verteidigen, die dem Land zur Verfügung stünden. Auch Justizminister Zbigniew Ziobro, dessen Partei Solidarische Polen (*Solidarna Polska*) mit der *PiS* die Regierung bildet, bedient sich regelmäßig scharfer politischer Rhetorik. Nachdem die EU-Kommission beim Europäischen Gerichtshof (EuGH) beantragt hatte, Polen im Zusammenhang mit der Justizreform mit Strafzahlungen zu belegen, bezichtigte er die Kommission der »Aggression«, verbunden mit dem Hinweis, dass diese »mit Rechtsmitteln einen hybriden Krieg« gegen Polen führe. Die Europäische Union, so der Minister, entwickle sich zu einem »Instrument der brutalen Erpressung im Dienste des wirtschaftlich Stärkeren« (August 2021). Als dann der EuGH tatsächlich Strafzahlungen verhängt hatte, kommentierte Ziobros Parteifreund Sebastian Kaleta dies mit den Worten: »Die europäischen Richter [...] verstehen nichts, sie haben keine Ahnung, was für ein System [Rechtssystem, d.Red.] das ist. Es ist schmerzhaft, dass sich Menschen, die versuchen, uns zu lehren, was Werte sind, auf diese Weise verhalten.«

Nachdem der französische Präsident Emmanuel Macron den russischen Staatschef Wladimir Putin in mehreren Telefongesprächen aufgefordert hatte, die russischen Truppen aus der Ukraine abzuziehen, richtete Ministerpräsident Morawiecki in einer Rede in Krakau (Kraków) an Macron die Frage: »Herr Präsident, was haben Sie erreicht? Würden Sie mit Hitler, mit Stalin, mit Pol Pot verhandeln?« Morawiecki dürfte jedoch bekannt sein, dass sich in der Geschichte durchaus wiederholt die Notwendigkeit ergab, auch mit Diktatoren wie Stalin zu verhandeln. Vertreter der polnischen Opposition bzw. kritisch eingestellter Medien wiederum warfen der Regierung mehrfach vor, mit ihrer Schwächung der staatlichen Gewaltenteilung und insbesondere der Justiz eine »Putinisierung des polnischen Staates« zu betreiben, so der Vorsitzende der liberal-konserva-

tiven Bürgerplattform (*Platforma Obywatelska – PO*), Donald Tusk, und der Chefredakteur der Tageszeitung *Gazeta Wyborcza*, Adam Michnik. Diese Klassifizierung ist absurd, wenn man daran denkt, wie in Russland Oppositionelle und kritische Journalisten mit roher Gewalt terrorisiert werden. Viele weitere Beispiele für eine derart ausufernde Rhetorik auf allen Seiten ließen sich anführen.

Diese dominiert nicht nur die Auseinandersetzung in der Öffentlichkeit, sondern auch die Debatten im Parlament, die zweitweise nur noch von einem schroffen Schlagabtausch beherrscht werden. Das Gleiche gilt für die meisten Diskussionsrunden in den verschiedenen Fernsehkanälen mit Ausnahme des unabhängigen Senders TVN. Diskurse unter Wissenschaftlern erreichen dagegen kaum eine breitere Öffentlichkeit.

Der Einsatz von Schlagworten

Nun ist bekannt, dass in allen Staaten, wie demokratisch sie auch sein mögen, Politik eine Auseinandersetzung um Interessen und Einfluss, ein Kampf um Meinungsführerschaft und Macht ist, der von den politischen Parteien und anderen Interessengruppen auch und gerade mit sprachlichen Mitteln ausgefochten wird. Wo Interessenkonflikte bestehen, liegt es natürlich nahe, plakative Begriffe und oberflächliche Bewertungen heranzuziehen und mit einprägsamen Schlagworten zu operieren, welche die jeweilige Position kurz und bündig auf den Punkt bringen – und dies besonders in Kriegs- und Krisenzeiten.

Ein wesentliches Element der politischen Rhetorik sind Schlagworte oder kurze Aussagen mit denen ein Problem, eine politische Tendenz oder ein Lösungsvorschlag für ein Problem mit einem Wort oder Satz charakterisiert und subjektiv bewertet wird. Die Schlagworte dienen dazu, die eigene Position positiv darzustellen und die des Gegners zu diskreditieren. In der Regel entspringen die Begriffe der Sichtweise und Programmatik der betreffenden Gruppierung und zielen auf Solidarisierung nach innen und Abgrenzung nach außen. Entsprechend sollen mit ihrer Hilfe politische Gegner, politische und wirtschaftliche Phänomene sowie internationale Gegebenheiten und Tendenzen, die abgelehnt oder gar als gefährlich eingestuft werden, stigmatisiert werden.

Gerade in Polen regierenden Nationalkonservativen haben sehr gut verstanden, dass es im Sinne des Machterhalts wichtig ist, Begriffe zu »besetzen«, das heißt, sie mit eigenen Inhalten zu versehen und dann ständig in der Öffentlichkeit zu wiederholen. Das gilt beispielsweise für den Begriff der Solidarität, den lange Zeit die Gewerkschaften und die politische Linke für sich beansprucht haben. Nun reklamiert das Regierungslager diesen Begriff für sich, indem es unablässig betont, dass es allein diejenige politische

Kraft sei, die sich um die Belange der einfachen Menschen kümmere.

Die »Diktatur« der Europäischen Union

Am Beispiel der Auseinandersetzung über die Bedeutung der Europäischen Union ist die Brisanz der polarisierend eingesetzten politischen Rhetorik deutlich erkennbar. Die Schlagworte, mit denen Vertreter des rechtskonservativen und -nationalen politischen Spektrums in Polen die Gemeinschaft belegen, sind weit entfernt von der Realität und mitunter regelrecht hasserfüllt. Mit einer inhaltlich durchdachten Kritik, die man durchaus am EU-Betrieb äußern kann, hat dies nichts zu tun. Die Schwäche der Oppositionsparteien wie der *PO*, der Polnischen Bauernpartei (*Polskie Stronnictwo Ludowe – PSL*) und der vereinigten Neuen Linken (*Nowa Lewica*) wiederum besteht darin, dass sie die EU weitgehend verteidigen und bestimmte Schwächen der Gemeinschaft wie etwa die komplizierte Entscheidungsfindung oder die ausufernde Brüsseler Bürokratie nicht kritisch genug unter die Lupe nehmen.

Für den rechten Flügel in der polnischen Politik gilt, dass er die EU sehr distanziert betrachtet oder gar grundsätzlich ablehnt. Es ist ein offenes Geheimnis, dass nach Ansicht des *PiS*-Vorsitzenden Jarosław Kaczyński die EU in ihrer jetzigen rechtlichen, politischen und administrativen Gestalt zum Scheitern verurteilt ist. Justizminister Ziobro wiederum möchte jedwede Entscheidungsfindung in den EU-Instanzen unterbinden, wenn diese seiner Meinung nach die Souveränität Polens beeinträchtigen. Skepsis oder gar Ablehnung richten sich gegen die Rechtsgrundlagen der EU und zusätzliche Vereinbarungen wie die Europäische Menschenrechtskonvention, die europäische Gerichtsbarkeit, die Europäische Staatsanwaltschaft und auch die Arbeit der EU-Organe wie Parlament, Rat und Kommission.

Mitunter wird die EU regelrecht als Besatzungsmacht angesehen. So erklärte Marek Suski, ein enger Berater von Ministerpräsident Morawiecki und wichtiges Sprachrohr der *PiS*, dass es offenbar an der Zeit sei, gegen die »Besatzer aus Brüssel« zu kämpfen, die versuchten, Polen in die Knie zu zwingen, »damit es vielleicht ein deutsches Bundesland werde, aber kein stolzer Staat freier Polen«. Justizminister Ziobro behauptet regelmäßig, dass die EU Polen seine Souveränität nehmen wolle. In einem Interview mit der *PiS*-nahen Wochenzeitung *Do Rzeczy* verstieg er sich sogar zu der Bemerkung: »Die zynischen und verkommenen westlichen Eliten reden lautstark über Werte und füllen gleichzeitig die Kasse des Kreml mit Petrodollars. Putin hat sie korrumpiert.« Der Vizemarschall des Sejm und Vorsitzende der *PiS*-Fraktion, Ryszard Terlecki, spricht immer wieder von der »Diktatur der Brüsseler Bürokratie«. Der Europaabgeordnete der *PiS* und Berater von Kaczyński, Rys-

zard Legutko, regte sogar öffentlich die Auflösung des Europäischen Parlaments an. Mit Blick auf die von vielen polnischen und internationalen Experten zu Recht kritisierte und auch von den EU-Institutionen immer wieder bemängelte Gängelung der polnischen Justiz durch die politische Rechte antwortete der stellvertretende Justizminister Sebastian Kaleta: »Die Reform des Justizwesens muss auf der Grundlage von Entscheidungen im eigenen Land abgeschlossen werden, nicht auf der Grundlage von Erpressungen durch die EU. Es kann nicht sein, dass irgendein Beamter der EU-Kommission uns beleidigt und sagt, wir seien kein Rechtsstaat.«

Wenn die *PiS* keinen Austritt Polens aus der Europäischen Union befürwortet, obwohl dies durchaus ihren ideologisch-politischen Grundsätzen entsprechen würde, dann vor allem deshalb, weil etwa 80 Prozent der Bürger Polens die Mitgliedschaft ihres Landes in der EU grundsätzlich befürworten. Hinzu kommt, dass die von der *PiS* geführte Regierung ohne die umfangreichen EU-Mittel nicht in der Lage wäre, ihre aufwendigen Sozialprogramme und die enorme Aufstockung der Verteidigungsausgaben zu finanzieren – insbesondere in einer Zeit, da der russische Krieg gegen die Ukraine auch enorme Folgen für die nationale und internationale Wirtschaft und somit auch für den Staatshaushalt hat.

Feindbild Deutschland

Antideutsche Töne bzw. große Skepsis gegenüber Deutschland sind im rechten Parteienspektrum Polens nichts Neues. Diese Tendenz war bereits in den frühen 1990er Jahren zu beobachten, beispielsweise bei der Zentrumsallianz (*Porozumienie Centrum*), der Vorläuferpartei der *PiS*. Ein Teil der *PiS*-Wähler reagiert positiv auf scharfe Kritik an Deutschland – mal stärker, mal verhaltener. Nach 2015, mit dem erneuten Regierungsantritt der *PiS*, sind die antideutschen Töne allerdings lauter geworden. Das gilt nicht nur für das öffentliche Auftreten von Parteien des rechten Spektrums, sondern auch für die von ihnen dominierten Medien. Im Rundfunksender Polskie Radio ist deutschlandfeindliche Propaganda an der Tagesordnung, regelmäßig auch in den Sendungen der Fernsehstationen von Telewizja Polska. Natürlich haben solche Tendenzen eine deutlich innenpolitische Funktion.

Wenn Deutschland angegriffen wird, dann vor allem in zweierlei Hinsicht. Erstens geht es darum, Deutschland als die absolut dominante Macht in Europa darzustellen, deren Ziel es sei, die anderen Staaten auf dem Kontinent zu beherrschen. Nicht selten wird dabei an das 19. Jahrhundert erinnert, als Deutschland zu den Teilungsmächten Polens gehörte, oder an die deutsche Besetzung des Landes im Zweiten Weltkrieg. So sagte der *PiS*-Vorsitzende Kaczyński in einem Zeitungsinterview: »Die letzten Jahrzehnte waren eigentlich der

Versuch, das Konstrukt des ehemaligen Reichskanzlers Bismarck zu wiederholen, nämlich die Vorherrschaft Deutschlands an der Seite Russlands. Deutschland hat keine moralische Grundlage, Europa zu dominieren.« In einem Kommentar der *PiS*-nahen Wochenzeitung *Sieci* hieß es sogar: »Die Deutschen, die ihre Macht auf Diebstahl, Mord und die Zerstörungen des Zweiten Weltkrieges gründen, [...] negieren die europäischen Werte in fast allem, was sie tun.« Nun lässt sich ein bedeutender Einfluss Deutschlands in der EU, der den anderer Mitgliedsländer übertrifft, oft im Zusammenwirken mit Frankreich, tatsächlich feststellen, doch die These, Deutschland als absolut dominante Macht hinzustellen, hält nicht stand.

Zum Zweiten geht es darum, Deutschland als das Land zu charakterisieren, das neben Russland die größte Verantwortung für die Aggression gegen die Ukraine trägt und außerdem das größte Hindernis für eine wirksame politische und vor allem militärische Hilfe für die Ukraine ist. Hier seien nur zwei Beispiele genannt. So wird Regierungschef Morawiecki bei seinen Auftritten in ganz Polen nicht müde zu behaupten, dass Deutschland »der größte Bremser in der EU« und »das Haupthindernis für schärfere Maßnahmen gegen Russland« sei, wenn es um die praktische Unterstützung für die Ukraine geht. Der *PiS*-nahe Historiker Bogdan Musiał, der sich gegenwärtig vor allem mit Reparationsfragen beschäftigt, sagte dem einflussreichen Internetportal *wPolityce*: »Deutschland und Frankreich wollen den russisch-ukrainischen Krieg beenden und möchten dabei, dass es ein Sieg für Russland und eine Niederlage für die Ukraine wird, weil sie die Achse Paris-Berlin-Moskau retten wollen [...]. Die SPD in Deutschland, die eine verfassungswidrige Partei ist, die mit dem mafiösen, terroristischen und verbrecherischen Staat Russland zusammenarbeitet, sollte aufgelöst werden. Sie will Geschäfte mit Russland machen, Geld waschen, mit der Mafia und Terroristen zusammenarbeiten. Das ist doch wohl strafbar, oder?«

In der Tat kann man die von der SPD geführte Bundesregierung dahin gehend kritisieren, dass sie die Hilfe für die bedrohte Ukraine zu zögerlich und zu vorsichtig angegangen ist, vor allem was Waffenlieferungen betrifft. Diese Kritik wird ja auch in Deutschland formuliert. Doch wird bei den Äußerungen im rechten Lager Polens oft verschwiegen, welche Hilfe Deutschland in welchem Umfang schon geleistet hat – politisch, moralisch, mit Waffenlieferungen und bei der Durchsetzung von Sanktionen, etwa des Ölembargos – und auch, dass sich die Position der Bundesregierung im Laufe der Wochen seit Beginn des russischen Angriffskrieges weiterentwickelt hat. Kaum Erwähnung findet auch die Tatsache, dass Bundeskanzler Olaf Scholz bemüht ist, der Ukraine zu helfen, ohne Deutschland

zu schaden, und er besorgt darauf hinweist, dass die Gefahr eines Einsatzes von Atomwaffen durch Russland und des Ausbruchs eines Weltkrieges bestehe. Interessanterweise haben im Gegensatz zu den Vertretern der polnischen Rechten führende Politiker aus anderen ostmitteleuropäischen Ländern wie der lettische Ministerpräsident Krišjānis Kariņš die deutsche Hilfe für die Ukraine positiv bewertet.

Leider wird die in Deutschland begonnene kritische Debatte über die deutsche Russlandpolitik der letzten Jahrzehnte von Vertretern der polnischen Rechten gar nicht aufgegriffen und diskutiert. Auch in den polnischen Medien wird diese nur am Rande erwähnt.

Vertreter der *PiS* und von *Solidarna Polska* sowie Kommentatoren der mit diesen Parteien sympathisierenden Medien wie Bronisław Wildstein und Jacek Karnowski sprechen regelmäßig von der Existenz einer »deutschen Partei« in Polen. Dieser sollen, wie es heißt, Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens angehören, die sich Deutschland besonders verbunden fühlen und die immer wieder eifrig ihre Loyalität zu diesem Land bekunden würden. Ihnen wird vorgeworfen, dass ihnen die Interessen Deutschlands oft wichtiger seien als die Polens. Genannt werden insbesondere die Linkspolitikerin und ehemalige Vizemarschallin des Sejm Wanda Nowicka, eine Aktivistin der polnischen Frauenbewegung, der Vorsitzende der Bürgerplattform Donald Tusk, ehemaliger polnischer Ministerpräsident sowie Präsident des Europäischen Rates, der frühere Außenminister Radosław Sikorski und Adam Bodnar, der bis 2021 das Amt des Bürgerrechtsbeauftragten innehatte. Die »deutsche Partei«, so wird betont, sei bereits 1989 gegründet worden. Sie trete als Fürsprecher der deutschen Hegemonie in Polen auf und sei das Ergebnis finanzieller Hilfe aus Deutschland in Form von Stipendien, Auszeichnungen sowie gut dotierten Einladungen an Experten. Deutschlandfreundliche Politiker, Wissenschaftler und Kulturschaffende hätten im Laufe der Jahre enorme finanzielle Unterstützung durch die Konrad-Adenauer-Stiftung, die Robert Bosch Stiftung und die Friedrich-Ebert-Stiftung erhalten.

Tusk wird aber immer wieder auch als führender Vertreter einer »Partei der Freunde Putins« titulierte, weil er, wie viele internationale Politiker, in seiner Zeit als Regierungschef auch Gespräche mit dem russischen Präsidenten geführt hat. Mitarbeiter polnischer Ermittlungsbehörden führen eine Untersuchung gegen Tusk, weil er, wie es heißt, eine politische und moralische Mitverantwortung für den Absturz der polnischen Regierungsmaschine bei Smolensk im Jahr 2010 und somit für den Tod des damaligen Staatspräsidenten Lech Kaczyński trage. Bis heute allerdings konnten polnische Behörden keinen Beweis für den von der polnischen Rechten immer wieder behaupteten Anschlag auf das Flugzeug vorle-

gen, der angeblich von russischen Geheimdienstagenten inszeniert worden sei. Doch obwohl dieser Beweis nicht vorliegt, erklärte *PiS*-Chef Jarosław Kaczyński öffentlich, dass Tusk für seine Mitverantwortung an dem Anschlag »hinter Gitter gehört«. Deutlicher kann man eine mediale Vorverurteilung und Stigmatisierung nicht ausdrücken.

Polen als »moralisches Gewissen« Europas

Ohne Zweifel hat Polen seit Beginn des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine dem bedrängten Land umfangreiche politische, moralische und militärische Hilfe geleistet und sich auf europäischer Ebene für scharfe Sanktionen gegenüber Moskau eingesetzt. Polen hat weitaus mehr getan als manches andere Mitgliedsland der EU. Die Hilfe wird von der breiten Bevölkerung mitgetragen – nicht zuletzt durch deren Engagement in der Flüchtlingshilfe. Dennoch erscheint es anmaßend, wenn sich Ministerpräsident Morawiecki quasi als Moralapostel gegenüber dem »Rest« der EU aufspielt, als weitsichtige Führungsperson, die als einzige in der Gemeinschaft nie Zweifel an Russlands aggressiven Plänen gehegt habe. Auch die führenden Politiker der baltischen Staaten haben schließlich nie Illusionen über die imperialen Absichten des Putin-Regimes gehabt.

Als Meister der politischen polarisierenden Rhetorik sagte Morawiecki in einem Interview mit dem englischen Wochenmagazin *The Economist*, der »Westen hat sich wie ein Frosch im Wasser verhalten, das langsam zum Kochen gebracht wird. Er hat selbst dann noch nicht reagiert, als Russland die Temperatur erhöht hat«. Auf einer Pressekonferenz in Warschau verwies er auf die besondere Aufgabe, die Polen zu erfüllen habe, indem er erklärte: »Angesichts der Verbrechen, die in der Ukraine geschehen, haben wir ein besonderes Mandat, das Gewissen Westeuropas wachzurütteln.« Dazu gehört wohl auch, dass auf Anweisung von Morawieckis Regierung in vielen westlichen Hauptstädten mobile Plakatwände aufgestellt wurden, auf denen unter den Überschriften »StopRussiaNow« und »BloodOil« Fotos sowohl von russischen Verbrechen in der Ukraine zu sehen sind als auch beispielsweise von Cafés in westlichen Städten, in denen Besucher bei Sonnenschein eine Erfrischung genießen. Letzteres hätte natürlich auch in Warschau und anderen polnischen Städten fotografiert werden können.

Bald nach Beginn des Krieges Russlands gegen die Ukraine verging kaum ein Tag, an dem Morawiecki bei seinen Rundreisen durch Polen nicht Vorwürfe gezielt gegen westliche Politiker erhob. Seine Tiraden insbesondere gegen den französischen Präsidenten Macron und Bundeskanzler Scholz gingen durch die europäische Presse. Morawieckis Auslassungen mögen im Einzelfall eine gewisse Berechtigung haben, sind aber in

ihrer Ausdrucksweise anmaßend und verletzend. So analysierte die Wochenzeitung *Polityka*, er reflektiere seine Rhetorik nicht und auch nicht darüber, welchen Schaden er damit anrichtet. Angesichts der Fülle der Auftritte Morawieckis im ganzen Land stellte die Zeitung zu Recht die Frage, ob es ihm nicht hauptsächlich darum gehe, innenpolitisches Kapital aus der Lage Polens als Grenzstaat der Ukraine zu ziehen, nicht aber um Solidarität mit dem Land.

Hinzu kommt, dass es in Morawieckis Partei *PiS* und der gesamten polnischen Rechten vor Beginn der russischen Aggression kaum politisches Interesse am Nachbarland Ukraine und keine politischen Konzepte für eine polnisch-ukrainische Kooperation gab – sieht man von einzelnen Solidaritätserklärungen während der Orangen Revolution in der Ukraine und den Ereignissen auf dem Majdan ab. Das gilt auch und gerade für die Zeit ab 2015, als die *PiS* die Regierungsverantwortung in Polen übernahm. Eine aktive Ukraine-Politik gab es im Grunde zuletzt in der Amtszeit von Präsident Aleksander Kwaśniewski (1995 bis 2005), der aus dem linken politischen Lager kommt. Die polnische Rechte hingegen war hauptsächlich daran interessiert, Debatten über unterschiedliche Ansichten zu Ereignissen der polnisch-ukrainischen Geschichte zu führen, die als schwierig bewertet werden.

Wer ist schuld an der hohen Inflation?

Auch im innenpolitischen Streit über die Wirtschafts- und Finanzpolitik, insbesondere über die wachsende Inflation, spielt die vereinfachende politische Rhetorik eine große Rolle, was abermals besonders seit Beginn des russischen Krieges gegen die Ukraine zu beobachten ist. Nun ist dies nicht weiter verwunderlich, steuert Polen doch mit Sicherheit auf eine tiefe Rezession zu. Laut Umfragen sehen etwa die Hälfte der polnischen Unternehmen in dem Krieg eine Gefahr für ihre wirtschaftliche Tätigkeit. Als bedrohlich wird vor allem die Teuerung bei den Energieträgern angesehen. Die Haushaltsbudgets vieler polnischer Familien sind den steigenden Kraftstoffpreisen, dem Anstieg der Lebensmittelpreise und den höheren Kreditraten nicht mehr gewachsen. Seit Beginn des Krieges hat die polnische Währung deutlich an Wert verloren. Mitte Juni lag die Inflation bei fast 14 Prozent.

Laut Regierung, Vertretern der Polnischen Nationalbank, deren Präsident Adam Glapiński zu den engen politischen Weggefährten von Jarosław Kaczyński gehört, und Wirtschaftsexperten, die dem rechten politischen Flügel nahe stehen, ist die grassierende Inflation hauptsächlich eine Auswirkung des Krieges und geht auf die Energiemanipulationen des Kreml und die nur zögerlich einsetzende Abnabelung des Westens von Russland zurück. Letzteres ist nicht von der Hand zu

weisen, reicht aber als Erklärung nicht aus. Zudem wird die *Green Deal*-Politik der EU-Kommission als Argument ins Feld geführt.

So erklärt Ministerpräsident Morawiecki immer wieder öffentlich: »Es ist sehr wichtig, dass jeder versteht, dass dies [die hohe Inflation – R.V.] Ergebnis der *Putinflacja* ist.« Mit diesem Begriff fasst Morawiecki alle ökonomischen und währungspolitischen Auswirkungen des Krieges und der energiepolitischen Abhängigkeit vom Kreml zusammen. Morawiecki und Glapiński zeigen in diesem Zusammenhang auch gerne auf die EU bzw. die Brüsseler Kommission, die ihrer Meinung nach durch ihre Klimapolitik, etwa hinsichtlich der Schadstoffemissionen, die Kosten in die Höhe treibe. »Das ist das Verdienst der Europäischen Union«, zeigte sich Glapiński wiederholt überzeugt.

Ohne Zweifel haben der Krieg und die energiepolitische Entwicklung Einfluss auf die Preisentwicklung sowie auch bestimmte klimapolitische und ökologische Weichenstellungen und Vorgaben seitens der EU. Die Kosten für den Staat und alle öffentlichen Einrichtungen steigen, die Unternehmen müssen ihre Investitionen neu ausrichten, die Kosten ihrer Transportwege neu kalkulieren und ihre Preispolitik durchdenken. Aber nur damit lassen sich die Hintergründe der Inflation nicht erhellen. So müsste die Regierung dringend ihre überbordenden Staatsausgaben überprüfen und eine strengere Fiskalpolitik betreiben. Notwendig wäre in diesem Zusammenhang auch eine realistische Überprüfung ihrer militärpolitischen Pläne. Eine Aufstockung und Modernisierung der polnischen Streitkräfte mag unter den neuen verteidigungspolitischen Gegebenheiten opportun erscheinen, sollte aber die wirtschaftlichen und finanziellen Kräfte des Landes nicht übersteigen. So ist absehbar, dass für diese Pläne angesichts des desolaten Zustands der polnischen Rüstungsindustrie enorme Summen für den Import moderner Rüstungsgüter aufgebracht werden müssen. Ebenso müsste die Polnische Nationalbank eine striktere Geldpolitik betreiben und die Leitzinsen erhöhen. Die umlaufende Geldmenge ist viel zu hoch. Die polnische Opposition nennt die bisherige Politik der Nationalbank in Anspielung auf deren Präsidenten *glapinflacja*. Hinzu kommt das Problem der Verschuldung von mehr als vier Millionen Polen durch Fremdwährungskredite, das dringend einer Lösung bedarf.

Die massive Verschärfung der politischen Rhetorik hat innen- wie außenpolitische Ursachen. Vor jeder wichtigen Entscheidung der Regierung kommt es zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen den beiden Koalitionspartnern *PiS* und *Solidarna Polska*, die durchaus öffentlich ausgetragen werden. Das gilt insbesondere für die Umgestaltung der Justiz. Dabei liegen die inhaltlichen Positionen der beiden Parteien in diesem Zusammenhang gar nicht so weit auseinander. Vielmehr dreht

sich der Streit um die Frage, ob man, zumindest taktisch, Rücksicht auf die kritische Stimmung in der EU in Sachen Justiz nehmen soll, um den Zufluss von EU-Geldern nicht zu gefährden.

Hinzu kommt, dass das Regierungslager im Sejm aktuell keine Mehrheit mehr hat, weshalb vor jeder Abstimmung die Unterstützung einiger Abgeordneter gesucht werden muss, die kleineren Gruppierungen

angehören oder parteilos sind. Auch diese Situation befeuert die polarisierende politische Rhetorik.

Darüber hinaus werfen die Parlamentswahlen im Herbst 2023 ihre Schatten voraus. Der Wahlkampf hat bereits begonnen. Da zurzeit die Umfragen für die Regierungsparteien schlechter werden, haben Jarosław Kaczyński und andere schon begonnen, über vorgezogene Wahlen nachzudenken.

Über den Autor

Reinhold Vetter ist freier Wissenschaftler und Publizist. Zuletzt erschien von ihm: Das Bollwerk des Katholizismus wankt. Rapide Säkularisierung in Polen. Baden-Baden 2021.

CHRONIK

21. Juni – 4. Juli 2022

21.06.2022	Während des Treffens mit den Botschaftern der Republik Polen teilt Präsident Andrzej Duda mit, dass Polen bisher Militärausrüstung im Wert von 1,6 Mrd. US-Dollar an die Ukraine geliefert habe, die von Russland Ende Februar angegriffen wurde. Die Lieferung an die ukrainischen Streitkräfte umfasse 240 Panzer, 10 gepanzerte Fahrzeuge, Raketensysteme, Waffen und Munition sowie kugelsichere Westen und Helme.
22.06.2022	Präsident Andrzej Duda beruft Verteidigungsminister Mariusz Błaszczak zusätzlich in das Amt des stellvertretenden Ministerpräsidenten. Dieses hatte seit Oktober 2020 Jarosław Kaczyński, Parteivorsitzender von Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS), inne, der seine Entlassung eingereicht hat, um sich verstärkt der Parteiarbeit widmen zu können. Im Regierungskabinett war Kaczyński Vorsitzender des Ausschusses für Nationale Sicherheit. Er wird nun von Błaszczak geleitet; Zbigniew Hoffman (PiS) wird Sekretär des Ausschusses.
22.06.2022	Ministerpräsident Mateusz Morawiecki teilt mit, dass Agnieszka Ścigaj, Vorsitzende des Abgeordnetenkreises Polnische Angelegenheiten (Polskie Sprawy), in den Ministerrat berufen wird. Ihr Arbeitsgebiet ist die gesellschaftliche Integration, insbesondere der ukrainischen Flüchtlinge.
23.06.2022	Im Sejm findet die Erste Lesung der zivilgesellschaftlich eingebrachten Gesetzesinitiative zur Reformierung des Abtreibungsrechtes – »Legale Abtreibung ohne Kompromisse« – statt. Der Gesetzesvorschlag wird mit 265 Stimmen (175 Gegenstimmen, vier Enthaltungen) abgelehnt. Er sieht die Möglichkeit des Schwangerschaftsabbruchs bis zur 12. Woche vor sowie über diesen Termin hinaus, wenn das Leben oder die Gesundheit der Mutter oder des Fötus gefährdet sind oder eine Straftat die Ursache der Schwangerschaft ist. Die Entscheidung für eine Abtreibung sollen Frauen ab dem 13. Lebensjahr treffen können, bei jüngeren Mädchen wäre die Einwilligung der Erziehungsberechtigten erforderlich. Die Strafbarkeit des Handelns der Ärzte oder weiterer Personen, die beim Schwangerschaftsabbruch helfen, soll aufgehoben werden. Weiter soll die Gewissensklausel modifiziert werden, um den Missbrauch derselben zu unterbinden.
23.06.2022	Nach aktuellen Angaben des Polnischen Wirtschaftsinstituts (Polski Instytut Ekonomiczny – PIE) auf der Grundlage von Daten des Finanzministeriums hat Polen in den Jahren 2004 bis 2021 mehr als 210 Mrd. Euro aus dem EU-Haushalt erhalten. Im selben Zeitraum hat Polen knapp 69 Mrd. Euro in den gemeinsamen Haushalt eingezahlt. Schätzungen des Finanzministeriums zufolge werde Polen in den Jahren 2021 bis 2027 ca. 45 Mrd. Euro einzahlen und 125 Mrd. Euro zugewiesen bekommen, so das PIE.
24.06.2022	Nach dem zweitägigen Gipfel des Europäischen Rates in Brüssel kündigt Ministerpräsident Mateusz Morawiecki an, dass die Europäische Kommission Unterstützung für Polen und Rumänien beim Transport von Getreide aus der Ukraine nach Nordafrika und in den Nahen Osten entwickeln werde, um in diesen Regionen Hunger und großen Migrationsbewegungen entgegen zu wirken. Hintergrund ist, dass infolge des russischen Krieges gegen die Ukraine Russland die ukrainischen Transportwege für Weizenexporte aus der Ukraine blockiert.

25.06.2022	In Warschau unterzeichnen vier Parteien des linken Spektrums – Polnische Sozialistische Partei (Polska Partia Socjalistyczna – PPS), Arbeitsunion (Unia Pracy), Polnische Sozialdemokratie (Socjaldemokracja Polska) und Freiheit und Gleichheit (Wolność i Równość) – die Vereinbarung, ein Wahlbündnis bei den kommenden Parlamentswahlen einzugehen. Robert Kwiatkowski (PPS) sagt, um das Lager von Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS) zu besiegen, müssten außerdem Vereinbarungen mit den liberalen und konservativen Kräften geschlossen werden.
25.06.2022	Stanisław Żaryn, Sprecher des Koordinators der Geheimdienste, verurteilt die Entfernung der polnischen Flaggen an den Gedenkstätten in Katyn und Miednoje (Russland) als einen »weiteren feindlichen Akt« Russlands gegenüber Polen und »Bestandteil der langjährigen antipolnischen Kampagne des Kreml«. Medienberichten zufolge hat das unabhängige russische Internetportal Meduza über die Entfernung informiert. In Katyn und Miednoje wurden 1940 ca. 20.000 polnische Militärangehörige, Unternehmer und Beamte vom sowjetischen NKWD ermordet. Die UdSSR unterstellte die Tat jedoch jahrzehntelang den Deutschen, die während des Krieges ebenfalls Besatzer des Gebietes waren.
27.06.2022	Michał Dworczyk, Leiter der Kanzlei des Ministerpräsidenten, und die stellvertretende Verteidigungsministerin der Ukraine, Hanna Maliar, eröffnen auf dem Schlossplatz in Warschau die Ausstellung »Für unsere und eure Freiheit«. Gezeigt werden Panzer der russischen Armee, die im russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine eingesetzt und von den ukrainischen Streitkräften zerstört wurden. Dworczyk unterstreicht, dass die Ukraine nicht nur ihr eigenes Land, sondern auch Polen und Europa vor der russischen Aggression verteidigt. Die Ausstellung soll noch in weiteren polnischen sowie in westeuropäischen Städten gezeigt werden.
29.06.2022	Am Rande des zweitägigen NATO-Gipfels der Staats- und Regierungschefs in Madrid sagt Präsident Andrzej Duda, US-Präsident Joe Biden habe eindeutig erklärt, dass in Polen eine ständige US-Führungsebene des V. Korps der US-Armee eingerichtet wird. Duda unterstreicht, dass sich Polen seit langem für diese Entscheidung eingesetzt habe.
30.06.2022	In einem Gespräch mit der Polnischen Presseagentur (Polska Agencja Prasowa – PAP), das in der Tageszeitung Dziennik Gazeta Prawna wiedergegeben wird, sagt Sławomir Dębski, Direktor des Polnischen Instituts für Internationale Angelegenheiten (Polski Instytut Spraw Międzynarodowych – PISM), dass auf dem NATO-Gipfel in Madrid am Vortag die Chance nicht genutzt worden sei, eine ständige US-Militärbasis in Polen einzurichten. Zwar hätten sich US-Militärführungspersonen wie General Mark Milley und General Tod Wolters öffentlich dafür ausgesprochen, doch die Regierung von US-Präsident Joe Biden sei dagegen, weil ein Teil der NATO-Mitgliedsländer die ständige Präsenz der US-Streitkräfte nicht befürwortet habe. Biden habe in dieser Frage die innere Einigkeit der NATO offenbar als wichtigeres Ziel angesehen. In Polen sind rotierende US-Truppen stationiert.
01.07.2022	Neueste Prognosen der Polnischen Nationalbank (Narodowy Bank Polski – NBP) vom Juni gehen für das Jahr 2022 von einer durchschnittlichen Inflationsrate in Höhe von 12,9 % aus; 2023: 9,5 %, 2024: 5,6 %. Beim Bruttoinlandsprodukt (BIP) schätzen die Experten für 2022 einen Anstieg um 4,3 %; 2023: 2,7 %; 2024: 3,5 %.
02.07.2022	Anna Moskwa, Ministerin für Klima und Umwelt, gibt in Radom den Start des Programms »Saubere Luft Plus« bekannt. Diese Programmlinie gehört zum Gesamtprogramm »Saubere Luft«, dessen Ziel der Austausch umweltschädlicher Heizöfen sowie die Wärmedämmung von Einfamilienhäusern ist. Bei »Saubere Luft Plus« werden erstmalig 50 % der bewilligten Summe im Vorfeld der Arbeiten ausgezahlt und der Rest nach deren Beendigung. Für »Saubere Luft Plus« werden knapp 2 Mrd. Zloty bereitgestellt; das Gesamtprogramm ist mit 100 Mrd. Zloty ausgestattet.
03.07.2022	Verteidigungsminister Mariusz Błaszczak nimmt in Nowy Dwór Mazowiecki an der Vereidigung von Soldaten teil, die eine 28-tägige freiwillige militärische Grundausbildung absolviert haben. Er bekräftigt das Ziel der Regierung, die polnischen Streitkräfte auf 250.000 Soldaten in der Berufsarmee und 50.000 Soldaten in den Einheiten der Territorialverteidigung (Wojska Obrony Terytorialnej – WOT) aufzustocken. Sollte Polen nicht auch allein in der Lage sein, sich zu verteidigen, könne es kaum auf reelle Hilfe von den NATO-Bündnispartnern rechnen.
04.07.2022	In einem Gastbeitrag für die britische Tageszeitung Financial Times spricht sich Ministerpräsident Mateusz Morawiecki vor dem Hintergrund des russischen Krieges gegen die Ukraine und die damit verbundenen Energieengpässe in der EU dafür aus, dass die EU-Politik der grünen Energietransformation nicht auf Kosten der Sicherheit der Europäischen Union planmäßig umgesetzt werden dürfe.

Sie können die gesamte Chronik seit 2007 auch auf <http://www.laender-analysen.de/polen/> unter dem Link »Chronik« lesen.

ÜBER DIE POLEN-ANALYSEN

Die Polen-Analysen erscheinen zweimal monatlich als E-Mail-Dienst. Sie werden gemeinsam vom Deutschen Polen-Institut Darmstadt, der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und weiteren Partnern eines Konsortiums (siehe Titelseite) herausgegeben.

Ein Archiv der Polen-Analysen finden Sie im Internet unter www.laender-analysen.de/polen

Kostenloses Abonnement unter <http://www.deutsches-polen-institut.de/Newsletter/subscribe.php>

Diese Analysen finden Sie online als Lizenzausgabe auf bpb.de



Deutsches Polen-Institut Darmstadt (www.deutsches-polen-institut.de)

Das seit 1980 tätige Deutsche Polen-Institut Darmstadt (DPI) ist ein Forschungs-, Informations- und Veranstaltungszentrum für polnische Kultur, Geschichte, Politik, Gesellschaft und die deutsch-polnischen Beziehungen, die sich im Kontext der europäischen Integration entwickeln. Institutionelle Träger des DPI sind das Land Hessen, die Kultusminister der Länder, das Auswärtige Amt und die Wissenschaftsstadt Darmstadt. Einen wesentlichen Beitrag zur Verwirklichung der Institutsziele leisten private Stiftungen. Ziel der Vermittlertätigkeit des DPI ist es, »die zu interessieren, auf die es politisch, wirtschaftlich, gesellschaftlich und kulturell im deutsch-polnischen Verhältnis ankommt« (Leitlinien 1997). Es geht um die Entscheider und Multiplikatoren in Politik, Kultur, Bildung, Verwaltung, Medien und Wirtschaft. Das DPI versteht sich in Kooperation mit den Orten wissenschaftlicher Polen-Kompetenz an deutschen Hochschulen und Forschungsinstituten als verbindendes und vernetzendes Zentrum. Mit der 70.000 Bände zählenden multidisziplinären Fachbibliothek für Polen, die eine einzigartige Sammlung polnischer Belletristik in der Originalsprache und in deutscher Übersetzung umfasst, ist das DPI ein geschätzter Ort der Recherche und des wissenschaftlichen Arbeitens.

Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen (www.forschungsstelle.uni-bremen.de)

1982 gegründet, widmet sich die Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen der interdisziplinären Analyse der Länder Ost- und Ostmitteleuropas in Zeitgeschichte und Gegenwart. Der Forschungsschwerpunkt liegt dabei auf der Rolle von »Dissens und Konsens«, von Opposition und Zivilgesellschaft in ihrem historischen, politischen, gesellschaftlichen und kulturellen Kontext. Die Forschungsstelle besitzt in ihrem Archiv eine einzigartige Sammlung alternativer Kulturgüter und unabhängiger Texte aus den ehemaligen sozialistischen Ländern. Darunter befindet sich auch eine umfangreiche Sammlung des »Zweiten Umlaufs«, die das Schrifttum und Dokumente unabhängiger Initiativen und gesellschaftlicher Gruppen in Polen aus der Zeit von 1976 bis zum Umbruch umfasst. Hinzu kommt eine umfangreiche Bibliothek mit wissenschaftlicher Literatur. Mit Archiv, Bibliothek und zwei wissenschaftlichen Abteilungen ist die Forschungsstelle auch eine Anlaufstelle sowohl für Gastwissenschaftler als auch für die interessierte Öffentlichkeit.

Eine der Hauptaufgaben der Forschungsstelle ist die Information der interessierten Öffentlichkeit. Dazu gehören unter anderem regelmäßige E-Mail-Informationendienste für Politik, Wirtschaft, Zivilgesellschaft und Medien.

Herausgeber:

Deutsches Polen-Institut, Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V., Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung, Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH

Redaktion:

Dr. Andrzej Kaluza (verantwortlich) (Darmstadt) und Dr. Silke Plate (Bremen)
Satz: Matthias Neumann

Wissenschaftlicher Beirat:

Prof. Dr. Stefan Garsztecki, Technische Universität Chemnitz
Prof. Dr. Klaus Ziemer, Kardinal-Stefan-Wyszyński-Universität Warschau

Die Meinungen, die in den Polen-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.
Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Polen-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann

Alle Ausgaben der Polen-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de

ISSN 1863-9712 © 2022 by Deutsches Polen-Institut, Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V., Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung, Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH

Kontakt: Dr. Andrzej Kaluza, Deutsches Polen-Institut, Residenzschloss, Marktplatz 15, 64283 Darmstadt,
Tel.: +49/6151/4202-20, Fax: +49/6151/4202-10, E-Mail: kaluza@dpi-da.de, Internet: www.laender-analysen.de/polen



LÄNDER-ANALYSEN



Belarus-Analysen



caucasus
analytical
digest



Polen-Analysen



Russland-Analysen



Ukraine-Analysen



russian
analytical
digest



Zentralasien-Analysen



Kostenlose E-Mail-Dienste: Länder-Analysen

🐦 @laenderanalysen

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig im kostenlosen Abonnement kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa und der GUS. Alle Länder-Analysen verstehen sich als Teil eines gemeinsamen Projektes, das der wissenschaftlich fundierten, allgemeinverständlich formulierten Analyse der Entwicklungen im östlichen Europa, der Offenheit für verschiedene inhaltliche Positionen und der kostenlosen und nicht-kommerziellen Information einer breit verstandenen interessierten Öffentlichkeit verpflichtet ist. Autor/innen sind internationale Fachwissenschaftler/innen und Expert/innen. Die Redaktionen der Länder-Analysen bestehen aus Wissenschaftler/innen mit langjähriger Forschungserfahrung.

Die deutschsprachigen Länder-Analysen werden gemeinsam von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, dem Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien, der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde, dem Deutschen Polen-Institut, dem Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien und dem Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung herausgegeben. Die englischsprachigen Länder-Analysen erscheinen in Kooperation der Forschungsstelle Osteuropa mit dem Center for Security Studies (CSS) der ETH Zürich.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Belarus-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/belarus/>

Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/cad.html>

Polen-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/newsletter/polen-analysen/>

Russland-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/russland/>

Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/rad.html>

Ukraine-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>

Zentralasien-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/zentralasien/>